

HEUTE
17.10.2017

Liebe Leserin, lieber Leser



Patrik Müller

Die Digitalfotografie hat das Zeitungsmachen tiefgreifend verändert. Als ich vor zwanzig Jahren ein Volontariat im AZ-Regionalressort Zurzach absolvierte, gab es dort noch eine Dunkelkammer. Heute wandern die Fotos blitzartig von der Kamera auf die Websites und Zeitungsseiten. Eine der Folgen: Archive mit Negativen und Papierabzügen sind überflüssig geworden. Dieser Wandel ist der Hintergrund dafür, dass der Medienkonzern Ringier sein Bildarchiv dem Kanton Aargau vermach hat. Nun sind einige der Foto-Trouvaillen im Museum zu bestaunen (Kulturteil).

Frage des Tages

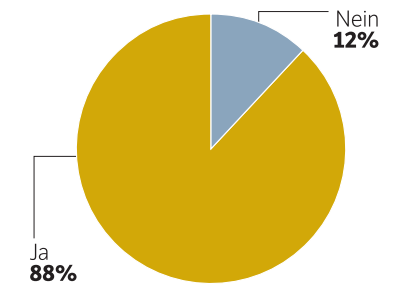
Unterstützen Sie die No-Billag-Initiative?

Ja **Nein**

Stimmen Sie online ab unter www.aargauerzeitung.ch www.bzbasel.ch www.baselnachtschaffliche.ch www.solothurnerzeitung.ch www.grenchnerzeitung.ch www.limmattalerzeitung.ch www.olnertagblatt.ch
«Die Umfrage finden Sie online über die Such-Funktion mit dem Stichwort «Tagfrage»
Das Ergebnis erscheint in der nächsten Ausgabe.

Ergebnis letzte Tagesfrage

Wir haben gefragt: Fürchten Sie sich vor kriminellen Diebesbanden aus dem Ausland?



Video des Tages

www.aargauerzeitung.ch/mediathek/videos



Während Sturm «Ophelia»: Sohn filmt dramatische Landung seiner Eltern.

REZEPT DES TAGES

Präsentiert von Annemarie Wildeisen
Zwiebelcremesuppe mit caramellisierten Thymian-Baumnüssen

Für 6 Personen als Vorspeise

300 g Zwiebeln
150 g Sellerie
1 Esslöffel Butter
2 dl Sherry trocken oder Weisswein
5 dl Gemüsebouillon kräftig
3 Lorbeerblätter
3 bis 4 Zweige Thymian
50 g Baumnüsse
2 Esslöffel Zucker
1 Teelöffel rosa Pfefferkörner
Salz
180 g Crème fraîche
0,5 dl Rahm
schwarzer Pfeffer aus der Mühle

Bestellen Sie jetzt via SMS ein Schnupperabo mit 3 Ausgaben für nur 12 Franken.
SMS mit SCHNUPPER + Name und Adresse an 919 (20 Rp./SMS) oder Online-Bestellung unter www.wildeisen.ch/schnupperabo
www.wildeisen.ch/suche/rezepte

Öffentlich-rechtliche Sender Der politische Druck wächst nicht nur in der Schweiz

Von SRF bis ZDF: Der «Staatsfunk» am Pranger

In der Schweiz stellt die No-Billag-Initiative die Existenz des Schweizer Radios und Fernsehens infrage. Doch auch anderswo in Europa geraten öffentlich-rechtliche Sender unter Beschuss. Insbesondere in Deutschland.

VON DENNIS BÜHLER

Die unheimliche Macht: Wie ARD und ZDF Politik betreiben», titelte das Nachrichtenmagazin «Der Spiegel» kürzlich auf seiner Frontseite. Die Titelgeschichte war der bisherige Höhepunkt der Kritik, die seit Monaten auf die öffentlich-rechtlichen Sender einprasselt. Manchmal habe man den Eindruck, die beiden Anstalten machten ungefähr so Fernsehen, wie Bundeskanzlerin Angela Merkel regiere, monierte der «Spiegel». «Irgendwo zwischen «Sie kennen uns», dn der Ruhe liegt die Kraft und kulturellem Wachkoma.» Das Unterhaltungsprogramm der beiden Sender scheine vor allem ein Ziel zu haben: «einen Mehltau der Vorhersehbarkeit über die Republik zu legen. Ein ewiges Immer-weiter-so.»

Und weiter wie bisher, das geht auf gar keinen Fall – da sind sich die Kritiker einig. Es ist ein seltsames Bündnis, das sich in dieser Angelegenheit gefunden hat: Auf der einen Seite kämpft die rechtspopulistische AfD, die ARD und ZDF «Lügenpresse» schimpft und die Rundfunkgebühr abschaffen möchte; auf der anderen Seite wettern Vertreter der privaten TV-Anstalten genauso wie jene der gedruckten Presse. Beispielsweise Mathias Döpfner, Chef von Deutschlands grösstem Verlag Axel Springer und Präsident des Bundesverbands Deutscher Zeitungsverleger, der ARD und ZDF in Reden und Interviews als «Staats-Presse» bezeichnet und nicht vor Vergleichen mit Nordkorea zurückschreckt. Vor allem online fürchtet Döpfner die gebührenfinanzierten Sender – genauso wie sein Schweizer Pendant, Verlegerverbandpräsident Pietro Supino.

Erbitterter Kampf ums Internet

Dies nämlich ist die Gretchenfrage: Wer soll im Internet wie viel dürfen? Eine Onlinestudie von ARD und ZDF forderte vergangene Woche zutage, dass 14-bis 29-Jährige mittlerweile jeden Tag viereinhalb Stunden online sind und davon knapp zwei Stunden Medien konsumieren. Manfred Krupp, Intendant des Hessischen Rundfunks und Vorsitzender der ARD/ZDF-Medienkommission, leitete daraus Forderungen ab: «Wer für diese Generationen relevant bleiben will, muss ihnen attraktive Informations- und Unterhaltungsangebote auf ihren Plattformen machen.» Die privaten Verleger hingegen waren vor einem arg verzerrten Wettbewerb, der das Überleben ihrer Unternehmen gefährde. Sie wollen, dass ARD, ZDF und SRG online nur dann längere Texte publizieren dürfen, wenn diese einen direkten Bezug zu einem Bei-



«Spiegel»-Cover: ARD und ZDF als «unheimliche Macht».

trag aufweisen. Zudem sollen sie online keinesfalls Werbung schalten dürfen.

Noch stärker als die deutschen Sender ist das Schweizer Radio und Fernsehen unter Druck. Voraussichtlich im kommenden Mai wird über die No-Billag-Initiative abgestimmt, welche die Empfangsgebühren abschaffen möchte und deren Annahme das Ende der SRG bedeuten würde. Auch wenn National- und Ständerat das Volksbegehren deutlich verworfen haben und auch der Bundesrat ein Nein empfiehlt: Es dürfte in der Bevölkerung alles andere als chancenlos sein. Laut einer repräsentativen Umfrage stimmt ihm gegenwärtig gar eine relative Mehrheit von 47 Prozent sicher oder eher zu, während es bloss 37 Prozent sicher oder eher ablehnen wollen.

Beim Streit um die Zukunft der Medienplätze in der Schweiz und in Deutschland geht es um dasselbe: Während die privaten Verlage den Gürtel enger schnallen müssen, weil die Werbe- und Abo-Erträge der gedruckten Ausgaben sinken und die Zahlungsbereitschaft der Nutzer im Internet wenig entwickelt ist, haben die öffentlichen Medienhäuser immer mehr Geld zur Verfügung. Erstens, weil die Rundfunkgebühren im Verlauf der letzten 20 Jahre stark angestiegen sind (siehe Grafik). Zweitens, weil die Bevölkerungen beider Länder Partner werden und somit immer mehr Beiträge zusammenkommen. Und drittens, weil die Schweiz im kommenden Jahr auf das Deutschland schon seit 2013 erprobte System der Haushaltsabgabe wechseln wird: Neu müssen den Rundfunkbeitrag jeder Wohnungsinhaber und jedes Unternehmens entrichten, selbst wenn sie gar kein Empfangsgerät besitzen.

In diesen Systemwechseln sieht der deutsche Medienwissenschaftler Stephan

Russ-Mohl, der seit 15 Jahren in Lugano forscht, eine Hauptursache für die wachsende Kritik. «De facto wurde die Rundfunkgebühr in eine Steuer umgewandelt», sagt er. «Damit ist ins öffentliche Bewusstsein gedrungen, über wie viel Geld SRG, ARD und ZDF verfügen, und viele Bürger empfinden es womöglich als ungerecht, dass auch Nichtnutzer zur Kasse gebeten werden.» Daran glaubt auch Medienunternehmer und SRF-Moderator Roger Schwinski: «Vor allem bei der jüngeren Generation ist die Ablehnung von kostenpflichtigen Medien aus grundsätzlichen und finanziellen Motiven enorm angestiegen», sagt er. «Zwangsgebühren sind in dieser Sichtweise eine Extremform, gegen die es sich für viele zu wehren gilt.»

«Ein behäbiger Dinosaurier»

Für einen schwerwiegenden medienpolitischen Fehler hält den Systemwechsel in beiden Ländern auch «Spiegel»-Medienredaktor Markus Brauck. In Deutschland hätten die Zuschauer und Zuhörer seither überhaupt keinen Einfluss mehr auf die Entwicklung der öffentlich-rechtlichen Anstalten. «Die ohnehin kaum vorhandene Bereitschaft, sich zu erneuern und zu modernisieren, ist damit noch einmal markant gesunken.» Die ARD – die Brauck als «behäbigen Dinosaurier» bezeichnet – verfügt gemeinsam mit dem ZDF und dem Deutschlandradio über 27 000 Mitarbeiter und jährliche Etats von insgesamt acht Milliarden Euro.

Die SRG muss mit gut 1,2 Milliarden Franken Gebühreneinnahmen auskommen – und damit ein viersprachiges Programm produzieren. Zwar gebe es überall Optimierungsmöglichkeiten, sagt Schwinski. «Aber im kleinen TV-Markt Schweiz ist ein gutes Service-public-Angebot in allen Landesteilen allein mit Werbeeinnahmen nicht möglich. Nicht einmal allein in der Deutschschweiz durch einen Kanal, der Marktführer ist.»

Übermorgen Donnerstag tagt in Deutschland die Rundfunkkommission, der die Ministerpräsidenten und Regierungschefs der 16 Bundesländer angehören. Sie entscheidet über Geld und Aufwand des öffentlich-rechtlichen Rundfunks – und damit über dessen Zukunft. Vor kurzem präsentierte ARD und ZDF ihre während eines Jahres erarbeiteten Reformvorschläge. Allzu weit gehen diese nicht: Trotz Budgetkürzungen und Entlassungen dürfte der Rundfunkbeitrag ab 2021 von bisher 17,50 auf bis zu 21 Euro pro Monat und Haushalt steigen. Die öffentlich-rechtlichen Anstalten wollen an ihren sage und schreibe 21 Fernseh- und 66 Radioprogrammen festhalten. Und die Politik dürfte diesen Kurs wohl unterstützen. «Das öffentlich-recht-



Das Schweizer Fernsehen sucht die Nähe zum Publikum: «Hallo SRF!»-Sendung von letzter Woche (links am Moderatorenpult Nik Hartmann).

GIAN VAITL/SRF

GEBÜHRENEINNAHMEN 2016

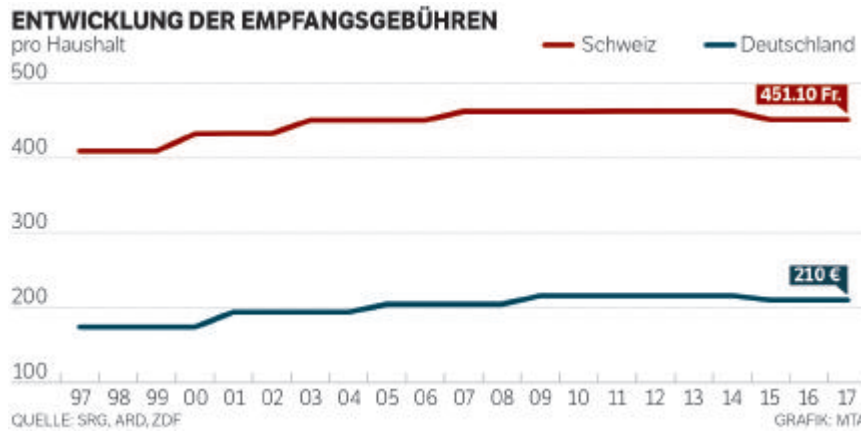


QUELLE: SRG, ARD, ZDF GRAFIK: MTA

TV- UND RADIOGEBÜHREN

194 Franken pro Person

Europaweit ist kein anderes öffentliches Medienhaus so gut alimentiert wie die SRG: Rund 194 Franken pro Jahr und Einwohner stehen ihr zur Verfügung, wie das European Journalism Observatory berechnet hat. Allerdings muss sie im Unterschied zu ausländischen Sendern mit 1,2 Milliarden Franken Gebühreneinnahmen und rund 330 Millionen Franken Werbeeinnahmen auch ein viersprachiges Angebot produzieren. In Rumänien, Lettland und Polen betrug das Budget der öffentlich-rechtlichen Sender 2016 ungefähr 11 bis 13 Franken pro Person, in Deutschland und England 88 respektive 93 Franken. Für ihre Vergleichsstudie haben die Forscher die Fernseh- und Radioanstalten von neun europäischen öffentlichen Medienhäusern analysiert. (DBU)



QUELLE: SRG, ARD, ZDF GRAFIK: MTA

PREIS EINZELNER SENDUNGEN		
	SRF (in CHF)	ARD/ZDF (in €)
Fernsehfilm	«SRF Schweizer Film» 1,6 Mio.	ARD-Fernsehfilm am Freitag 1,6 Mio.
«Tatort»	Schweizer «Tatort» 2,1 Mio.	Durchschnittswert aller ARD-«Tatorte» 1,4 Mio.
Eigenproduzierte Serie	«Der Bestatter» 705 000	«Die Kanzlei», ARD 1,4 Mio.
Wirtschaftsmagazin	«Eco» 70 000	«Plusminus», ARD 60 000
Nachrichtenmagazin	«Rundschau» 108 000	«Frontal 21», ZDF 126 000
Auslandsmagazin	«#SRFGlobal» 41 000	«auslandjournal», ZDF 57 000
Literaturdebatte	«Literaturclub» 59 000	«Das literarische Quartett» 80 000

QUELLE: SRG, ARD, ZDF

GRAFIK: MTA

liche System wird von den Bundesländern auch aus Eigennutz verteidigt», erklärt «Spiegel»-Autor Brauck. «Die dritten Programme der ARD bieten den Ministerpräsidenten eine Bühne, die diese sicherlich nicht einreisen werden – auch, weil sie die Arbeitsplätze in den Sendeanstalten ihrer Bundesländer keinesfalls gefährden wollen.»

Werden SRG-Kritiker bestraft?

Auch in der Schweiz wird der Vorwurf erhoben, die meisten Politiker schonten die SRG auch aus Eigennutz.

So beschwerte sich CVP-Präsident Gerhard Pfister jüngst in der «Weltwoche», man gebe ihm seitens der SRG indirekt zu verstehen, er müsse mit Konsequenzen rechnen für seine kritische Haltung. Von SRG-Funktionären habe er zu hören bekommen: «Sie schaden Ihren Ambitionen nur, wenn Sie die SRG kritisieren.» Am Leutschenbach weist man diese Unterstellung zurück. Pfister will sich inzwischen nicht mehr zur Thematik äussern, um den Parteifrieden nicht zu gefährden. Seine CVP nämlich ist traditionell SRG-freundlich

- und wird die Nein-Kampagne zur No-Billag-Initiative anführen.

Vorwurf der Linkslastigkeit

SVP, FDP und CVP-Chef Pfister halten die SRG für politisch viel zu links, während SP, Grüne und der Grossteil der CVP der Ansicht sind, das Fernsehen lasse sich seine Agenda zu oft von der SVP diktieren. Die «Tageswoche» zählte kürzlich nach: Von den 43 «Arena»-Sendungen seit Januar 2016 thematisierten deren sechs die Beziehungen der Schweiz zur EU, fünf den Islam, sieben unseren Umgang mit Ausländern und Flüchtlingen sowie vier den «Volkswillen» und dessen Umsetzung.

In Deutschland wie der Schweiz erteilt die Wissenschaft den kritisierten Sendern in den letzten Wochen zu Hilfe: «Gäbe es den öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht, müsste man ihn gerade jetzt erfinden», heisst es in einem offenen Brief an die Ministerpräsidenten, den knapp 50 deutsche Wissenschaftler verfasst haben. Gar über 70 Schweizer Persönlichkeiten haben ein Thesenpapier der extra gegründeten Vereinigung «media forti» unterzeichnet mit der Kernaussage: «Die Schweiz braucht starke Medien. Wir fordern deshalb eine starke SRG, die einen Service-public-Auftrag erfüllt.»

Nicht unterzeichnet hat den Aufruf Russ-Mohl. In seinem vergangene Woche erschienenen neuen Buch «Die informierte Gesellschaft und ihre Feinde» zeigt sich der 67-jährige Professor ausgesprochen kritisch gegenüber den öffentlichen Medienhäusern. Zwar gefährdeten diese nicht absichtlich die Zukunft der privaten Medien, sagt er: «Wenn aber nur oder nahezu ausschliesslich der Journalismus von SRG, ARD und ZDF vom Steuerzahler finanziert wird, sieht es für die privaten Wettbewerber zappenduster aus.» Weiter der hohen Rundfunkgebühren bleibe im Budget eines jeden nun mal nur noch wenig Geld für andere Medienanbieter übrig.

Ein Sturm legt Irland lahm

Unwetter «Ophelia» hat drei Menschenleben gefordert. Die Schulen bleiben geschlossen, das öffentliche Leben steht still

VON CLAUDIO DULIO

«Ophelia» hat gestern mit Windgeschwindigkeiten von bis zu 150 Stundenkilometern die irische Küste erreicht. Die drei Personen kamen bei Unfällen im Zusammenhang mit dem Sturm ums Leben. Eine Frau und ein Mann starben im Südosten des Landes, als ein umstürzender Baum ihr Auto traf. Ein Mann kam bei einem Unfall mit einer Motorsäge in Südirland um. Er hatte versucht, einen umgestürzten Baum zu beseitigen, wie die Polizei mitteilte.

Dem Energieunternehmen ESB Networks zufolge waren um die Mittagszeit etwa 120 000 Menschen von der Stromversorgung abgeschnitten. Schulen und Behörden blieben geschlossen, Fahrverbindungen wurden

vorübergehend eingestellt, Gerichtsverhandlungen verschoben. Patienten wurden aufgefordert, Arzttermine zu verschieben. Der Flughafen in Dublin teilte mit, rund 130 Flüge seien gestrichen worden. Der Flughafen von Cork im Südwesten annullierte ebenfalls zahlreiche Flüge.

Teile der irischen Armee wurden in Bereitschaft versetzt. Irlands Ministerpräsident Leo Varadkar leitete eine Sitzung des nationalen Krisenstabs. «Bleiben Sie drinnen, bis der Sturm vorbeigezogen ist», sagte Varadkar bei einer

Medienkonferenz in Dublin. «Es ist ein sehr gefährlicher Sturm. Als es zuletzt so einen heftigen Sturm gab, verloren elf Menschen ihr Leben.»

Bereits der zehnte Hurrikan

Auch Teile Grossbritanniens rechnen mit einem Sturm. Der britische Wetterdienst warnte vor umherfliegenden Trümmerteilen; in Küstennähe sei mit Stromausfällen und Überschwemmungen zu rechnen. In Nordirland öffneten die Schulen am Montag nicht. Starke Winde wurden auch für den Norden und Westen Grossbritanniens vorausgesagt.

«Ophelia» ist bereits der zehnte Hurrikan, der sich in dieser Saison über dem Atlantik zusammengebraut hat. Der Hurrikan erreichte Mitte vergangener Woche südwestlich der Azoren seinen Höhepunkt, seitdem bewegt er sich in Richtung Nordosten. Mit dem Eintritt in kühlere Re-

gionen verlor «Ophelia» an Kraft und war kein Hurrikan mehr. Doch die Rede ist vom heftigsten Sturm in Irland seit 50 Jahren. Die Sturmsaison über dem Atlantik dauert noch bis Ende November. (SDA)



Online halten wir Sie auf dem Laufenden.



Hohe Wellen in Porthleven im Südwesten Englands.

BEN BIRCHALL/KEYSTONE

«Tanja» und das Schweizer Wetterglück

Sonnig Der Herbst hat es hierzulande in sich. Doch von Temperatur-Rekorden kann keine Rede sein.

Welch sonniges Herbstwetter: Das Hochdruckgebiet «Tanja» verwöhnt die Schweiz seit vielen Tagen mit Sonne und spätsommerlichen Temperaturen. An Messstationen wie Basel, Delsberg und Sitten wurden teilweise über 23 Grad gemessen, im Mittelland stieg das Thermometer ebenfalls über 20 Grad.

Die ausgedehnte Schönwetterperiode mag aussergewöhnlich erscheinen – sie ist es aber nicht, wie Meteonews-Meteorologe Nicola Möckli sagt: «Solches Wetter haben wir im Oktober ab und zu.» Temperaturen von über 20 Grad gebe es fast immer um diese Jah-

reszeit. Von den Wärmerekorden ist der aktuelle Monat noch ein gutes Stück entfernt: Im Oktober 1985 wurden in Basel 29,6 Grad und in Rünenberg BL 25,7 Grad gemessen. In Aarau war es im Oktober nie wärmer als 2009, als das Thermometer 26,7 Grad anzeigte. Mit dem Wirbelsturm «Ophelia» (siehe Artikel oben) hat das aktuell warme Wetter nichts zu tun, wie Möckli sagt.

Die gute Nachricht: Es bleibt schön und bis Mittwoch auch warm. Erst auf das Wochenende hin erreichen Wolken und eventuell erster Regen die Schweiz. In der Nacht auf Sonntag erwartet Meteonews dann eine kräftigere Störung. Was den Wirbelsturm «Ophelia» herrsche erhöhte Waldbrandgefahr, ansonsten sei die Trockenheit nicht besorgniserregend. (MWA)